

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Verantwortlicher: Amt Norden 2893 und 2896.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IV.
Verantwortlicher: Amt Norden 11007 und 11008.

Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 M. Für die Erhebung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einsendung der Bezugsgebühr erforderlich. — Die „Freiheit“ ist im ersten Nachtrag der Postzustellungsliste für 1919 eingetragen und kostet bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 2 M., bei Zusendung unter Streifenband 4 M.

Berliner Organ

Inserate kosten die Siebengespaltene Nonpareilzeile ober deren Raum 70 Pf. „Kleine Anzeigen“ das Setzgedruckte Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Die dreispaltige Reklameweile 3 M., Teuerungszuschlag 30 %. Bei Familienanzeigen, Versammlungsanzeigen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Inserate für den darauf folgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr abends bei der Expedition, Schiffbauerdamm 19, aufgegeben sein.

Der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang 1

Donnerstag, den 19. Dezember 1918

Nummer 63

Kein weiterer Einmarsch der Entente.

Deutschland und die Entente.

Aus Holland wird uns von unserem Vertreter gemeldet: Die Frage der weiteren Befehung des deutschen Gebietes ist bisher in englischen amtlichen Kreisen nicht ernstlich erörtert worden. Meldungen über einen beabsichtigten weiteren Einmarsch sind daher völlig unzutreffend. Nach den letzten Entscheidungen der alliierten Regierungen wird die allgemeine Demobilisation an der Westfront nach Möglichkeit beschleunigt. Maßgebende Entente-Kreise beurteilen die Aktion Fehrenbachs durchaus ungünstig. Die Ententerregierungen werden in den nächsten Tagen vor Angelegenheiten der Kompten der jetzigen deutschen Regierung Stellung nehmen und ihren Standpunkt in einer offiziellen Erklärung festlegen.

Vorfriedensverhandlungen Anfang Januar.

Paris, 18. Dezember. Eine Note der Agence Havas erklärt, daß die Vorfriedensverhandlungen wahrscheinlich in der ersten Hälfte des Monats Januar anfangen werden.

Die Friedensdistinon.

London, 18. Dezember. (Reuter.) Die „Daily News“ schreiben: Die grundlegenden Argumente der amerikanischen Delegation in Paris werden folgende sein:

1. Der Völkerverbund müßte einen Teil des Friedensvertrages bilden.
 2. Die Freiheit der Meere muß eines der Hauptbestandteile des Vertrags sein, die durch den Bund festgesetzt werden, damit Amerika nicht eine Flotte bauen muß, die groß genug ist, um Sicherheit gegen jedes militärische Vorgehen durch das eine oder andere Volk zu schaffen.
 3. Die gerechten Ansprüche, die an Deutschland gestellt werden sollen, müssen festgesetzt werden und es muß bestimmt werden, wie weit und auf welche Weise Deutschland bezahlen kann und muß.
 4. Die Preliminärverhandlungen können vertraulich sein, aber die Endbeschlüsse der Konferenz müssen öffentlich gefaßt werden.
 5. Alle Friedensdelegierten müssen als Vertreter einer neuen Welt, nicht als deren Veberrschter zusammenkommen.
- Jede andere Haltung würde einen Frieden bedeuten, der Paz hinterläßt, aus dem dann wieder neue Kriege entstehen könnten. Wie erwartet, sind die amerikanischen Delegierten dafür, Deutschland in den vorgeschlagenen Völkerverbund aufzunehmen, wenn auch unter der Bedingung einer Probezeit. Es wird von einem schon fertig ausgearbeiteten Programm Lloyd George, Clemenceau und Orlando gesprochen, aber man nimmt an, daß ihre Verhandlungen einen vorläufigen Charakter und den Zweck haben, eine feste Grundlage für die Verhandlungen zu schaffen.
- Wie erwartet, behandeln diese Verhandlungen unter anderem auch die Frage der Schadenvergütung.

London, 18. Dezember. In einem Leitartikel über die bevorstehenden Friedensverhandlungen schreiben die „Times“: Die Führer der europäischen Demokratien haben mit einer einzigen Ausnahme die allgemeinen Prinzipien, die vom Präsidenten Wilson festgelegt wurden, angenommen. Aber obwohl sie sich über die Grundzüge vollständig geeinigt haben, muß die Arbeit, diese Doktrinen genau zu umschreiben und in allen Einzelheiten praktisch durchzuführen, noch geleistet werden. Es sind verschiedene Anzeichen dafür vorhanden, daß man danach trachtet, Ansprüche auf Grund von rein nationalen Gesichtspunkten und Behauptungen geltend zu machen, ehe sie die Konferenz zwischen den Alliierten und den Vereinigten Staaten zur Beratung über die wichtigsten Friedensbedingungen geprüft hat. Belgien verlangt die Rückgabe Luxemburgs und eines Teils von Holländisch-Limburg, sowie eine Vergrößerung an der deutschen Grenze und das Aufheben der Scheldedeuler. Der Ministerpräsident von Italien vergißt nicht, daß die Ansprüche Italiens ebenso wie die aller anderen Mitglieder der Entente den allgemeinen Prinzipien, die auf der Friedenskonferenz zur Anwendung gelangen werden, un-

tergeordnet werden müssen. Wie wir schon mehr als einmal näher dargelegt haben, darf kein Staat bei Geltendmachung seiner eigenen Interessen die charakteristischen Merkmale dieser Ideen vergessen, nämlich, daß er trachtet, jedes einzelne Problem mit den allgemeinen Grundsätzen in Übereinstimmung zu bringen, die allseits zur Anwendung gelangen müssen.

Kopenhagen, 18. Dezember. Zur Wahrung der Interessen Finnlands auf der Friedenskonferenz sind Professor Frjö Hirn und Dr. Adolf Törnqvist ausersehen. Sie werden in nächster Zeit nach Paris abreisen.

Brüssel, 18. Dezember. Die belgischen Bevollmächtigten zur Friedenskonferenz sind die Minister Huysmans und Vandervelde, sowie der Gesandte beim Vatikan van den Heubel, der demnach sein Abberufungsschreiben vorlegen wird.

Gegen die A- und S.-Räte.

Wolffs Bureau veröffentlicht eine von der Waffenstillstandskommission stammende Darstellung über die Stellungnahme der Entente zu den A- und S.-Räten, der wir folgendes entnehmen:

Am 12. d. M. traf in Triest bei der Deutschen Waffenstillstandskommission folgendes Telegramm ein:

Staatssekretär Erzberger,
Deutsche Waffenstillstandskommission, Triest.
Arbeiter- und Soldatenrat Kreuznach berichtet: Ist für die feindlicherseits besetzten Bezirke in diesen Tagen zu beschenden Gebiete die ungehinderte Ausreise und Rückkehrmöglichkeit der zu der am 18. Dezember in Berlin stattfindenden Tagung der A- und S.-Räte zu entsendenden Delegierten gewährleistet? Direkte umgehende Antwort erwünscht.

Auswärtiges Amt.
Staatssekretär Erzberger setzte sich darauf mit dem Oberkommando der Alliierten in Triest in Benehmen; es fand eine Besprechung statt, als deren Ergebnis Erzberger mitgeteilt worden sei, daß die Entente unter keinen Umständen die A- und S.-Räte anerkennt.

Da Erzberger sich mit dem Bescheid eines Vertreters der Obersten Oeresstellung der Alliierten nicht begnügen wollte, brachte er in der zweiten Sitzung der deutschen Delegierten mit Marschall Hoch am 18. Dezember die Angelegenheit zur Sprache. Hoch und der englische Admiral Bembly gaben ihre ablehnende Stellung zu erkennen und stimmten der ersten Antwort ihres Vertreters ausdrücklich zu.

Zu dieser Darstellung bemerkt die Waffenstillstandskommission:

„Damit war eine völlig kompetente Antwort in der Angelegenheit vorhanden. Konnte die Ablehnung der A- und S.-Räte in Kiel durch einen englischen Admiral allenfalls noch als eine Privatmeinung desselben betrachtet werden, so steht jetzt fest, daß die Entente als solche die A- und S.-Räte nicht anerkennt.“

Die Tendenz dieser Feststellung liegt auf der Hand. Es soll damit erwiesen werden, daß die A- und S.-Räte der Entente mißfielen und infolgedessen ein Friedenshindernis bilden, das beseitigt werden müsse. Eine derartige Ausschließung der Entente gegen die A- und S.-Räte ist großer Unfug. Es ist begreiflich, daß die Vertreter der Entente nur mit Institutionen verhandeln wollen, die behördlichen Charakter tragen. Solange die A- und S.-Räte keinen solchen Charakter haben, lehnen die Vertreter der Entente im großen und ganzen amtliche Verhandlungen mit ihnen ab. Wir haben aber schon verschiedentlich auf Fälle hingewiesen, wo Vertreter der Entente mit A- und S.-Räten verhandelten. Und wir haben, um der böartigen Hebe gegen die A- und S.-Räte die Spitze abubrechen, mehrfach nachdrücklich betont, daß aus der formal abichnenden Haltung der Entente gegen die A- und S.-Räte keineswegs gefolgert werden dürfe, daß die Entente ihnen feindlich gegenüberstehe.

An dieser Feststellung ändert die wiedergegebene Darstellung der Waffenstillstandskommission nichts das geringste.

Die Engländer gegen die roten Fahnen.

Wien, 18. Dezember. Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Solingen: Die britische Besatzung hat die Einführung der roten Fahnen und die Einführung der englischen Zeit angründet.

Positive Arbeit.

Der dritte Tag der Beratungen des Zentralparlaments der A- und S.-Räte führte die Erörterungen über den Bericht des Vollzugsrats zu Ende. Es kam dabei noch mehrfach zu heftigen Zusammenstößen. Die Beurlaubte, die bereits früher zutage getreten waren, wurden von neuem offenbar. Aber immerhin wurde in mancher Beziehung auch eine gewisse Klärung erzielt. Mißverständnisse wurden beseitigt. Großen Eindruck machte es, als Genosse Dittmann noch einmal über die Beurlaubte hinweg wieder auf die Notwendigkeit einer einheitlichen proletarischen Front hinwies. Er provozierte die Beurlaubten zwischen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen; er betonte seinen Gegensatz zur Arieaspolitik der Scheidemann und Genossen. Aber, so laute er, wir leben in einer Zeit, wo zunächst der Gegensatz von Klasse zu Klasse kommt und dann erst der unter den Parteien.

Die Beschlüsse, die nach Beendigung der Debatte gefaßt wurden, werden hoffentlich dazu dienen, die Erregungen der Revolution zu sichern. Man kann es vor allen Dingen erwarten von der Annahme des Antrages unseres Genossen Braß, sofort alle Maßnahmen zur Entpässung der Gegenrevolution zu ergreifen. — Sofern nur mit der Durchführung dieses Beschlusses wirklich Ernst gemacht wird, Dauerhaft bleibt, daß jene Anträge abgelehnt wurden, die dafür nähere Richtlinien zeichnen und so im besonderen die Ablösung des heutigen „Grenzscheiters“, der als Vorwand für gegenrevolutionäre Vorbereitungen herbeizitiert Verdacht erregt hat, durch einen von den A- und S.-Räten organisierten Sicherheitsdienst forderten. Man soll das, was man durch den Genossen Braß über die beabsichtigte Bildung einer „zuverlässigen“ Truppe in der Hand ausgewählter Offiziere erfährt, und was dann wieder im Laufe der Verhandlungen bekannt wurde über eine Auflösung der A- und S.-Räte durch die Generalkommandos in Münster und Düsseldorf, nicht auf die leichte Achsel nehmen. Es wurde von den Volksbeauftragten zugefagt, sofort nach Abschluß der Konarckverhandlungen Mitglieder zur Untersuchung der Verhältnisse persönlich nach dem Westen zu senden. Mögen sie sich nicht täuschen und in falsche Sicherheit wiegen lassen! Und möge alles getan werden, mit eisernem Wesen auszuführen, wo es nötig ist!

Für die entscheidende Abstimmung über die künftige Gestaltung der obersten Gewalt lagen zwei Anträge vor, zum Teil einen gewissen Gegensatz der Auffassungen verkappt, zum Teil in ihren Forderungen aber auch miteinander vereinbar. Die Annahme des einen bedingte jedenfalls, wie mit Recht eingewandt wurde, nicht ohne weiteres die Erledigung des anderen. Immerhin entschied der Kongress durch die Annahme des Antrages des Mehrheitssozialisten Lüdemann bereits in wesentlichen Punkten. Danach wird die gesetzgebende und ausübende Gewalt künftig in — „bis zu anderweitiger Regelung durch die Nationalversammlung“ deren Kommen hier gewissermaßen schon festzulegen wird — dem Rat der Volksbeauftragten ausüben. Ein von dem Kongress der A- und S.-Räte zu wählender Zentralrat soll den Volksbeauftragten nur als überwachendes Organ zur Seite stehen. In jedes Reichamt sollen zwei Beiaordnete, je einer aus den Reihen jeder der beiden sozialdemokratischen Parteien, zu entsenden sein. Kommissar und Beiaordnete sollen nur nach Anhörung des Zentralrats berufen werden dürfen.

Der Antrag Lauffenberg, der neben dem Lüdemannischen zur Abstimmung stand, und über dessen Annahme oder Ablehnung endgültig erst noch in namentlicher Abstimmung entschieden werden soll, geht weiter, indem er ausdrücklich die oberste Macht den A- und S.-Räten zuspricht und den Konarck der A- und S.-Räte zum Träger der Souveränität erklärt mit allen Rechten der Ernennung, Absetzung u. a. m. acanüber der Exekutive, und ferner, indem er das sofortige Ausscheiden aller bürgerlichen Mitglieder der Regierung fordert. Man wird abwarten müssen, wie sich nun die Mehrheit zu dieser programmatischen Erklärung stellen wird.

Einen nicht unerheblichen Raum der Debatten nahm während der dann noch die Erörterung der Forderungen ein, die von den Vertretern der Berliner Truppen am Tage zuvor überreicht worden waren. Die Erregung, die zunächst das Erscheinen der Delegation hervorgerufen hatte, hatte sich gelegt. Und bei den ruhigeren Erörterungen zeigte sich, daß fast von allen Seiten eine wenigstens teilweise Berechnung der Forderungen der Soldaten anerkannt werden mußte. Man kann mit Genugtuung feststellen, daß schließlich die von einer Kommission aus Vertretern des Rates der Volksbeauftragten, des Volksrates, der sozialdemokratischen Fraktionen, des Delegierten der verschiedenen Fronten mit den Berliner Soldatenvertretern vereinbarten Beschlüsse allgemeine Billigung fanden. Diese Beschlüsse scheinen tatsächlich auch die gegebene Lösung der aufgeworfenen, in ihrer Bedeutung nicht zu unterschätzenden Probleme zu bringen. Die oberste Kommandoebene wird militärischen Stellen übertragen und dem Rat der Volksbeauftragten unter Kontrolle des neuen Volksrates übertragen, die Soldaten wählen ihre Führer selbst. Das sind die entscheidenden Punkte. Ueber die Frage, ob in den einzelnen Garnisonen die oberste Kommandoebene, soweit sie sich auf örtliche Angelegenheiten bezieht, den Soldatenräten zufallen soll, war eine Einigung noch nicht möglich. Doch ist wohl zu erwarten, daß sie erfolgen wird, und in einem die Soldaten befriedigenden Sinne.

Mit diesem Ergebnis der Beratungen hat das Eindringen der Soldatenräte in die Dienstag-Sitzung eine wertvolle Frucht getragen. Wenn die Berliner Soldatenräte ihre Delegierten vor den Kongress schickten und dort mit Nachdruck ihre Forderungen vertreten ließen, so hat sich jetzt gezeigt, daß dieses Vorgehen doch kein bloßes Spektakelstück war. Zudem diese Fragen auf die Tagesordnung gestellt und schließlich in einer förderlichen Art und Weise erledigt wurden, ist die Sicherung der Revolution einen beträchtlichen Schritt weiter gelangt. Und bricht nun es scheinen, wenn gewisse Blätter, wie vor allem der „Vorwärts“, immer noch nichts Besseres wissen, als sich über die Formen aufzuhalten, in der die Anregung zur Behandlung dieser Fragen gegeben wurde, lange Betrachtungen anzustellen über die Berechtigung der von ihren Truppenteilen entsandten Delegierten zur Vertretung der Berliner Garnison und über die Zulässigkeit ihres Eindringens in den Sitzungssaal zum Vortrag der mitgebrachten Wünsche.

Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß nun prinzipiell jeder Delegation, jeder Abordnung das Recht zusteht, ohne vorherige Vereinbarung die Beratungen zu unterbrechen, um für ihre Forderungen zu werben. Und wenn auch am gestrigen Mittwoch wieder eine Deputation in den Sitzungssaal drang und sich dort das Wort erzog, so mochte diese Szene gegenüber der Kundgebung der Soldaten am Tage zuvor doch mehr den Eindruck eines Possenspiels. Denn diesmal handelte es sich nicht um eine Vertretung breiter Massen, die erschien, nicht um neue, dringende Forderungen, die sie vortrug. Es kamen Abgesandte einer verhältnismäßig kleinen Schar von Demonstranten, die ihre schon früher vorgetragenen und längst bekannten Wünsche noch einmal wiederholten. Es kann auch nicht für die Bedeutung dieser Deputation angeführt werden, daß einige Tage vorher sehr viele Tausende mit ihr demonstrierten, nachdem bekannt geworden ist, daß von den Zeitwehmer an jener Kundgebung sehr viele durchaus in Unkenntnis darüber waren, daß sie den Zielen des Spartakusbundes gelten sollte.

Man wird mit der Regelung, die in der gestrigen Kongresssitzung getroffen wurde, der zufolge fortan Abordnungen, die Wünsche vorzutragen haben, zunächst nur von Vertretern der Fraktionen empfangen werden sollen, einverstanden sein und von Arbeitern wie Soldaten erwarten können, daß sie sich an diese Abmachungen halten. Das schließt nicht aus, daß sie in wichtigen Kundgebungen zum Tagungsort der entscheidenden Körperschaft hinziehen und ihre volle Macht demonstrieren. Es gewährt aber die Möglichkeit einer ungehörigen, sachlichen Behandlung der vorgebrachten Forderungen im Plenum des Parlamentes, an der allen nur gelegen sein kann, die von der Richtigkeit ihrer Forderungen überzeugt sind.

Im allgemeinen wird man sagen dürfen, daß der dritte Tag der Beratungen annehmbare, positive Arbeit geleistet hat. Er hat durch seine Beschlüsse zum mindesten einen gesunden Willen gezeigt, die Revolution zu sichern und auszubauen. Hoffentlich gelangt es dem Kongress, an den kommenden Tagen erst recht zu positiven Leistungen zu kommen. Was wir brauchen, sind Taten. Ein kräftiges Aufstehen ist notwendig, jeder Tag ist wichtig. Alle Kräfte müssen angespannt werden, um allen Schwierigkeiten zum Trotz den Neubau der sozialistischen Republik fest und widerstandsfähig zu machen!

Joffe gegen Barth und Haase.

Der alte A. Joffe läßt durch Funkpruch aus Moskau eine neue Erklärung los. Sie lautet:
Auf die Erklärung der Herren Volksbeauftragten Emil Barth und Hugo Haase erkläre ich zunächst, daß ich allerdings ein lächerlicher Konspirator und in der illegalen Organisation der russischen Sozialdemokratischen Partei 15 Jahre lang unisono tätig gewesen wäre, wenn ich in meiner streng illegalen revolutionären Tätigkeit in Berlin so gehandelt hätte, wie es den beiden Herren dazustellen beliebt.
Es versteht sich von selbst, daß ich die zum Ankauf von Waffen bestimmten Geldbeträge nicht unmittelbar an Barth ausshändigen konnte, da dieser Herr ein Keuling in der Arbeiterbewegung war und mir kein großes Vertrauen einflößte. Ich mußte vielmehr als Mittelspersonen solche Genossen auswählen, die auf mein Vertrauen mehr Anspruch und deren Namen besseren Klang in der Arbeiterbewegung hatten. Es war jedoch Herrn Volksbeauftragten Barth ganz genau bekannt, daß die mehreren Hunderttausend Mark, die, wie er selbst zugibt, von den deutschen Genossen erhalten hatte, letzten Endes von mir kam. Mir gegenüber hat er dies bei unserer von ihm erwähnten Zusammenkunft, 14 Tage vor Ausbruch der Revolution, bestätigt, als er sagte, er wisse ganz genau, wo diese Gelder ihren Ursprung hätten. Bei dieser Gelegenheit machte er mir darüber Vorwürfe, daß ich ihm die von ihm einem namhaften Mitgliede der kommunistischen Partei gelegentlich dessen Besuches in Berlin erbetene Summe von 2 Millionen Mark seinerzeit nicht ausgehändigt hätte. Hätte ich dieses getan, sagte er, so wäre das deutsche Proletariat längst bewaffnet und imstande gewesen, die revolutionäre Erhebung erfolgreich durchzuführen. So versteht sich weiter ebenfalls von selbst, daß bei dieser revolutionären Tätig-

keit, in der die russischen Sozialisten Hand in Hand mit der U. S. P. gingen, keine offiziellen Vereinbarungen, weder mit der Parteileitung noch mit den einzelnen Mitgliedern derselben getroffen werden konnten. Ich möchte aber Herrn Haase fragen, ob er bei verschiedenen Gelegenheiten, so z. B., als er und seine politischen Freunde von mir das Material und nicht nur das russische Material für ihre Reichstagsrede empfingen, als er im Namen seiner politischen Freunde an mich mehrmals die Anforderung stellte, keine Erlaubungen an Deutschland zu leisten, dieses nicht im Interesse der Ermächtigung der deutschen Revolution läne, als die U. S. P. unsere Beziehungen zu Georgien in ausgesprochener Weise zu beeinflussen beabsichtigt war, als die U. S. P. von uns finanziell Beiträge für den Verlag der Druckschriften empfing, als sie unsere schriftstellerische Tätigkeit in Anspruch nahm — ob er bei diesen Gelegenheiten nicht der Meinung gewesen ist, daß alles geschehe zum gemeinsamen Nutzen und zum gemeinsamen Zweck, die Ermächtigung der proletarischen Revolution in Deutschland wie überall zu fördern. Ich würde mir diese Erinnerungen an unsere frühere gemeinsame Tätigkeit nicht wiederkufen, wenn Herr Haase nicht den Standpunkt der Herren v. Kuhlmann, Sell und Radolny eingenommen hätte, wonach gerade unsere engen Beziehungen mit der U. S. P. und als ein Verbrechen ausgelegt würden, wofür man und alsdann durch Ausweisung aus Deutschland strafe. Eine Regierung, die sich sozialistisch und revolutionär nennt, sich öffentlich erlaubt, uns gerade dessen anzuklagen, was wir mit ihren Mitgliedern, als sie noch Revolutionäre waren, gemeinsam unternahmen. So fallen für mich alle jene Rücksichten fort, die nicht nur einem politischen Freunde, sondern auch einem anständigen Gegner gegenüber üblich und am Plage wären.

Genosse Haase schreibt uns dazu:
Genosse Joffe hat in einem Funkpruch seinem Herzen noch einmal Luft gemacht. Meine hohe Meinung von seiner Personlichkeit, die ich in Berlin gewonnen habe, soll durch seine merkwürdigen Funkprüche nicht erschüttert werden. Ich habe ihr auch in meiner Eigenschaft als Volksbeauftragter stets Ausdruck gegeben. Mir ist es nicht eingefallen, meine eigene revolutionäre Tätigkeit auch nur im geringsten zu verkleinern. Mir ist es auch nie in den Sinn gekommen, die Verdienste, die sich Genosse Joffe um den internationalen Sozialismus erworben hat, herabzusetzen. Lediglich im Interesse der historischen Wahrheit war ich genötigt, eine von ihm gegebene unrichtige Darstellung richtig zu stellen. Genosse Joffe hält seine früher in Beziehung auf mich gemachten Angaben auch nicht mehr aufrecht. Was er jetzt vorbringt, ist zum Teil längst bekannt und von mir in meiner öffentlichen Tätigkeit selbst mitgeteilt worden, zum Teil allerdings wieder unzutreffend. Richtig ist, daß ich durch seine Vermittlung über Vorgänge im Auslande für einige Reichstagsreden Tatsachenmaterial erhalten habe. Richtig ist, daß ich den Frieden von Brest-Litowsk, wie auch den Zusatzvertrag öffentlich gebrandmarkt und die Vernichtung dieser Verträge durch den allgemeinen Friedensschluß oder eine wahrscheinlich früher in Deutschland ausbrechende Revolution angekündigt habe. Richtig ist ferner, daß ich mit Vertretern von Georgien und dem Genossen Joffe über Beziehungen zu Georgien gesprochen und ihn für meine Auffassung in dieser Frage zu gewinnen gesucht habe. Unrichtig ist, daß die U. S. P. finanzielle Beiträge für den Verlag von Druckschriften erhalten oder seine schriftstellerische Tätigkeit in Anspruch genommen habe. Nicht zu bestreiten ist, daß einige Zeitungen unserer Partei ihn und Freunde von ihm um Beiträge über Fragen der russischen Revolution ersucht haben. Ich kann noch mehr in dieser Richtung erklären: Unsere Partei hat sogar davon ersucht, daß ein Mitglied seiner Partei für ihre Vertrauensmänner ein Referat über die russische Revolution halten solle und hat mit Dank das Referat angehört.

Graf Hertling hat nicht's hinzuzufügen.

Die „München-Magazin-Abendzeitung“ hatte behauptet, der ehemalige Reichskanzler Graf Hertling gedenke bereits in den nächsten Tagen mit einer ausführlichen Rechtfertigung seiner Politik vor die Öffentlichkeit zu treten. Demgegenüber ist die „Bavrische Staatszeitung“ zu der Mitteilung ermächtigt, daß Graf Hertling durchaus nicht diese Absicht hat, um so weniger, als er den von ihm seinerzeit im Plenum und im Hauptauschuß des Reichstages gemachten Ausführungen nichts hinzuzufügen hätte.
Wir meinen auch, daß Hertling zu seinen Worten nichts hinzuzufügen hat. Jeder Rechtfertigungsversuch von ihm wäre auch überflüssig, da er die allgemeine Ueberzeugung an dem reaktionären Charakter seiner Politik und seiner Mitschuld am Kriegsverbrechen nicht erschüttern würde.

Eisners politisches Programm.

In der Sitzung des provisorischen bayerischen Nationalrates vom 18. Dezember legte der Ministerpräsident, Genosse Eisner, sein politisches Programm dar. Er führte aus:
Die Grundlage der provisorischen Nationalversammlung bilden die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte. Diese sollen ein festes Element zur Erhaltung des revolutionären Geistes sein. Jede Organisation von Arbeitenden soll nicht nur wirtschaftliche Interessen vertreten, sondern sich in den Dienst der Demokratie stellen. Die Arbeiterräte sollen nicht wie die Gewerkschaften nur berufliche Interessen vertreten, sondern der allgemeinen Politik dienen. Ebenso sollen die Soldaten, die bisher den Krieg führen mußten, jetzt am Friedenswerk mitwirken. Von der Ermächtigung dieses Gedankens wird das Schicksal der Demokratie abhängen.
Die bisherigen Regierungen waren Ausschüsse der herrschenden Klassen. Es gab keine zielweisenden Gedanken, man besorgte sich in den engen Vorstellungen einer sich auflösenden Vergangenheit. Der Weltkrieg war die letzte furchtbare Erscheinung dieses Systems. Wer heute an einer Regierung mitarbeiten will, muß beherrscht sein von neuen Gedanken und Zielen. Die Welt schmachtet nach neuen Taten. Wir sind nicht eine Regierung der Kompromisse, diese Kompromisspolitik hat geendet im allgemeinen Zusammenbruch.
Es gibt nichts Fruchtbarer als die Revolution. Sie war die Ketterin in dem Zusammenbruch des Krieges. In vier Wochen haben wir mehr zustandegebracht, als vordem in ebensoviel Jahren geschah. Die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte vertreten die Ordnung gegen die Anarchie eines zusammenbrechenden Militarismus. Wir haben eine radikale Demokratisierung der Armee durchgeführt. Heute ist der Soldat nicht mehr das Opfer einer brutalen Disziplin, sondern ein freier Krieger. Aus dieser demokratischen Armee wird, wie ich hoffe, der Abbruch des Militarismus überhaupt entstehen. Der Weltkrieg muß liquidiert werden mit der Abschaffung der stehenden Heere und der allgemeinen Dienstpflicht.
Was unser Verhältnis zum Reich anbelangt, so lassen wir kein

Seil darin, daß die Berliner Nationalversammlung die Verfassung auch für die Einzelstaaten beschle. Die Selbstbestimmung der Einzelstaaten muß die Grundlage einer inneren neuen Einheit des Reiches werden. Es soll nicht von oben diktiert werden, sondern von unten aus soll der neue Geist strömen in die Zentrale. Politisch und wirtschaftlich muß das verschwinden, daß der Kleinere den Größeren unterzukriegen versuchte. Wir wollen nicht die Vorkherrschaft eines Staates, sondern die gemeinsame Arbeit aller.
Was den Abschluß des Krieges anlangt, so wollten wir der Welt zeigen, daß der neue Volksstaat Bayern Vertrauen verdient. Deswegen kann unsere Politik nur darin bestehen, im Geiste des künftigen Völkerbundes eine Politik des öffentlichen Vertrauens zu treiben. Die alte Politik der Listen und Schliche ist tot. Auf den Krieg aller gegen alle soll die gemeinsame Arbeit aller folgen. Es ist schwer, daß blutbesiedelte Hände sich wieder zusammenfinden. Aber nichts wird geschaffen aus Haß und Rache, und so fordern wir alle Denkenden auf, mit uns zu arbeiten im Sinne des neuen Völkerbundes, für den Frieden der Menschheit und nach den erhabenen Gedanken der Humanität und der Menschlichkeit, der Quelle aller künftigen Arbeit.

Die Hamburger Postkisten.

Hamburg, 18. Dezember. Der A. und S.-Rat bezieht die Erklärung Dr. Blundt, vor der Teilnahme an dem Postkisten vom 6. Dezember getarnt zu haben, als unwahr. Die Erklärung, die Helden der Verschwörung zusammenlesen, sei die Redaktion des „Hamburgischen Correspondenten“. Es stehe einwandfrei fest, daß auch Chefredakteur Rager und Kommandant Dr. Bubendey bei Banken um finanzielle Unterstützung nachgesucht hätten. Dr. Bubendey sei 2. Vorsitzender des Verbands der Hamburger für Einberufung der Hamburgischen gesetzgebenden Versammlung, deren Tendenz Dr. Blundt sehr nahestehe.

Dr. Arons' Rehabilitierung.

Berlin, 18. Dezember. Das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat die Rehabilitierung des früheren Privatdozenten der Berliner Universität, Leo Arons, bei der preussischen Regierung beantragt. Leo Arons war vor Jahren wegen Bekundung sozialistischer Gesinnung aus rein politischen Gründen diszipliniert worden, und es entspricht einem selbstverständlichen Gehot der Gerechtigkeit, daß diesem verdienten Gelehrten jetzt Genugtuung zuteil wird. Die Philosophische Fakultät hätte seinerzeit gegen seine Disziplinierung protestiert und ist auch jetzt für seine Rehabilitierung eingetreten. In Anerkennung der wissenschaftlichen Verdienste Leo Arons' ist ihm der Professortitel verliehen worden.

Erklärung.

Dem Soldatenrat des Stells. Generalkommandos Berlin wird zum Hinweis des Vollzugsratsmitgliedens Rahng geschrieben. Als ersten Posten unter „Einnahmen“ des Vollzugsrats bemerkte das Vollzugsratsmitglied Rahng in der gestrigen Mitteilung: 450 000 Francs, die ihm von einem gewissen Etsich überwiesen seien.
Hierzu bemerken wir: 600 000 Francs wurden am 11. November widerrechtlich von einem Herrn Dettle, der bevollmächtigt war, von Herrn Barth und Bedebour, den Generalkommandos zu beschlagnahmen. Das Mitglied des Soldatenrats, Herr Dettle, besaß sich sofort zum Herrn Etsich, damals im Sicherheitsauschuß, und forderte Ueberweisung des Geldes an die Reichsbank auf Konto „Generalkommando“ oder „Auswärtiges Amt“. Herr Dettle gab auch Herrn Rahng Nachricht, daß das Geld widerrechtlich beschlagnahmt und keinesfalls für Zwecke des Vollzugsrates zu verwenden sei. Wir sprechen dem Vollzugsrat das Recht ab, über unsere Absicht hinweg und ohne sich auch mit dem Generalkommando in Verbindung zu setzen, über jene Gelder zu verfügen und verlangen Rückerstattung dieser Summe an den Generalkommando.

Ausweisungen aus dem Elfaß.

Mülheim (Baden), 18. Dezember. Im Laufe des gestrigen Nachmittags kamen über die Rheinbrücke bei Neuenburg etwa 60 Familien, insgesamt etwa 200 Köpfe, aus dem Elfaß an. Es handelte sich um Beamte und Arbeiter aus Mülheim im Elfaß, die ihre Wohnorte verlassen mußten. Auf dem Abtransport wurden sie von Reuten aus der Zivilbevölkerung begrüßt und mit Steinen beworfen. Die Behandlung unterwegs war die denkbar schlechteste. Weitere Transporte von Ausgewiesenen folgten.

Deutsch-österreichische Nationalversammlung.

Wien, 18. Dezember. Die provisorische Nationalversammlung verhandelt das Gesetz über die Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung und das Gesetz über die Wahlordnung für die konstituierende Nationalversammlung. Der Reichsrat beantragt einem von verschiedenen Seiten geäußerten Wünsche entsprechend auch den in Deutschösterreich schwebenden Reichsbürgern das Wahlrecht zu verleihe. In der Annahme dieses Antrages würde das Haus zum ersten Male die Gemeinbürgerschaft mit den Brüdern im Deutschen Reich praktisch betätigen.
Wien, 18. Dezember. Die Nationalversammlung nahm nach längerer Beratung in zweiter und dritter Lesung die Wahlordnung für die konstituierende Nationalversammlung in der Fassung des Ausschusses an. Ferner wurde das Gesetz über die Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung angenommen. Danach soll die konstituierende Nationalversammlung 16 Tage nach dem Wahltage zusammentreten.
Wien, 18. Dezember. Sämtliche Parteien des Hauses beantragten in der heutigen Sitzung einen Beschlusseinstellung über die Verantwortlichkeit und die strafrechtliche Verfolgung der höheren Führer und deren Organe im gegenwärtigen Kriege. Eine viergliedrige Kommission soll großes Verschulden bei der Führung der Truppen oder anderen schweren Verbrechen, insbesondere die Schuld am Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Wehrmacht im Herbst 1918 prüfen. Die Mitglieder und Erfahrmänner der Kommission dürfen der Nationalversammlung nicht angehören.

Demokratisierungsmassnahmen in Schweden.

Stockholm, 18. Dezember. Beide Kammern des Reichstages genehmigten einen Antrag des Verfassungsausschusses betreffend eine Regierungsvorlage über die Aenderung des Gemeindewahlrechtes, die auf eine durchgehende Demokratisierung abzielt. In der nächsten ordentlichen Session des Reichstages wird eine Regierungsvorlage über die Aenderung des politischen Wahlrechtes kommen.

